

N i e d e r s c h r i f t

über die. 27. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, dem 19.06.2019, um 20:00 Uhr im Lindener Ratsstuben, Sitzungssaal

Ausschussvorsitzende/r HFA	Herr Fabian Wedemann	
Ausschussmitglieder HFA	Herr Axel Globuschütz Frau Gudrun Lang Herr Manfred Leun Herr Hendrik Lodde Herr Uwe Markgraf Herr Peter Reinwald Herr Frank Rippl Herr Dr. Heinz-Lothar Worm	für Hansmann, Dirk für Hoth, Wolfgang für Arnold, Jürgen
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Joachim Schaffer Herr Dr. Christof Schütz Herr Tim-Ole Steinberg	
Magistrat	Herr Thomas Altenheimer Herr Norbert Arnold Frau Petra Braun Herr Sven Deeg Herr Wolfgang Gath Herr Jörg König Herr Reinhold Krapf Herr Gerhard Trinklein Herr Michael Wolter	
Ausländerbeiratsvorsitzender	Herr Abraham Abrahamian	
von der Verwaltung	Herr Frank Hölzel Herr Patrick Retzer	
Presse	Herr Harold Sekatsch Herr Thomas Wißner	
Protokollführer/in	Herr Christian Mai	
<u>Abwesend:</u>		
Ausschussmitglieder HFA	Herr Jürgen Arnold Herr Dirk Hansmann Herr Wolfgang Hoth	
Stadtverordnetenvorsteher	Herr Ralf Burckart	
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Hans Bausch Herr Frank Hille	

Frau Antje Markgraf

Frauenbeauftragte der Stadt Linden

Frau Jitka Kirsch

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
- 3 Anpassung der Rohbaulandpreise für Wohnbauflächen in Linden
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0076A/16-21 -
Vorlage: /0076A/16-21
- 4 Neufassung der Stellplatzsatzung
Vorlage: /0094/16-21
- 5 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan mit Nachtragsstellenplan für das Jahr 2019
Vorlage: /0091/16-21
- 6 Anbindung Regio-S-Bahn
Vorlage: FA-0073-16-21
- 7 Resolution der Stadtverordnetenversammlung zur bedenklichen Finanzierungssituation bei Kindertagesstätten
Vorlage: FA-0076-16-21
- 8 Fortschreibung/Korrektur Flächennutzungsplanes
Vorlage: FA-0077-16-21
- 9 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Fabian Wedemann eröffnet die 27. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Zu TOP 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Ausschussvorsitzender Wedemann spricht den Einwand von Herrn Globuschütz an und führt weiter aus, dass die verteilte Notiz zum Thema Datenschutz dem letzten Protokoll als Anhang hinzugefügt werden soll. Dabei wurden ebenfalls versichert, dass nur die Berechtigten, z. B. HFA Mitglieder, Einblick in die Daten hatten.

Mit 9 Ja-Stimmen wird die Änderung des Protokolls einstimmig beschlossen.

Zu TOP 3 Anpassung der Rohbaulandpreise für Wohnbauflächen in Linden - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0076A/16-21 - Vorlage: /0076A/16-21

Bürgermeister König geht auf den Rohbaulandpreis ein, welcher durch das Gutachten für den zweiten Teilabschnitt Nördlich Breiter Weg ermittelt wurde.

Herr Leun merkt an, dass der zukünftige Verkaufspreis wegen den Erschließungsmaßnahmen wesentlich höher sein wird. Er bittet darum, dies den Bürgern dann genau zu erläutern.

Mit 9 Ja-Stimmen wird der Antrag einstimmig der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Zu TOP 4 Neufassung der Stellplatzsatzung Vorlage: /0094/16-21

Bürgermeister König spricht den § 52 HBO an, nach welchem bei Anlagen ein Viertel für Abstellplätze von Fahrrädern vorgesehen werden müssen. Diese Vorschrift des § 52 HBO lässt sich durch eine Stellplatzsatzung so ändern, dass keine Stellplätze für Fahrzeuge wegfallen. Obwohl der Absatz 5 des Paragraphen vorgibt Abstellplätze für Fahrräder zusätzlich anzulegen, bleibt das Ziel keine Stellplätze zu verlieren.

Herr Markgraf erwähnt die Anlage zur alten Satzung. Diese soll in die Beschlussfassung mit aufgenommen und dann durch eine bearbeitete Version ersetzt werden.

Herr Reinwald bittet die Verwaltung darum zukünftige Satzungen genauer auszuarbeiten. Dies macht sich in der derzeitigen Satzung bemerkbar, wenn sich Nutzungen bei Einfamilienhäusern ändern.

Bürgermeister König gibt bekannt, dass auch der Ablösebetrag auf 4.500 Euro angehoben wird.

Ausschussvorsitzender Wedemann verweist auf die Vorlage und erläutert die abweichende Abstimmung nur über den Paragraphen und die Ablösesumme. Alles andere bleibt unangetastet.

Mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag mehrheitlich der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Zu TOP 5 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan mit Nachtragsstellenplan für das Jahr 2019 Vorlage: /0091/16-21

Bürgermeister König erwähnt das auch zukünftig noch weitere Stellen geschaffen werden. Auch für das nächste Haushaltsjahr wird ein neuer Stellenplan beschlossen, in welchem Änderungen vorgesehen sein können.

Herr Schaffer sieht zu wenig Erläuterungen und Erklärungen vorliegen. Er möchte wissen, wofür die Stellen benötigt werden. Hierbei verteilt er ein Schriftstück seiner Fraktion und bittet um Beantwortung, während er einzeln auf den Stellenplan eingeht.

Anmerkung des Protokollführers

Das Schriftstück von Herrn Schaffer wird als Anhang im Gremieninfo hinterlegt.

Herr Retzer verweist auf das Problem der Fehlinterpretation des Stellenplans. Mehrere Stellen hängen mit der Möglichkeit zusammen, zwischen Angestellten und Beamten wählen zu können. Beispielsweise A 12 oder EG 11 im Bereich des Bauamts.

Herr Leun möchte wissen, in welche Richtung bei der Auswahl der Magistrat tendiert.

Bürgermeister König gibt bekannt, dass man sich im Magistrat lange über das Thema Beamte unterhalten habe. Letztendlich entschied man sich dazu offen auszuschreiben, denn man wolle flexibel bleiben um bessere Interessenten anzusprechen. Wenn die Wahl auf einen Beamten fallen sollte, würde dieser auch eingestellt.

Herr Schaffer erkundigt sich nach den Stellen im Bereich der Kindertagesstätten.

Herr Retzer erklärt, dass die Stellen der Waldkindertagesstätte in 2018 verrutscht seien. Dieser redaktionelle Fehler wird korrigiert.

Herr Schaffer fragt nach der Position des Vergabewesen im Organigramm. Laut ihm sei diese Stelle auch in anderen Abteilungen vorzusehen.

Bürgermeister König geht auf die entsprechende Diskussion im Magistrat ein. Am Ende sei man mehrheitlich der Meinung gewesen, auf Grund der Vielfältigkeit der Stelle, diese keiner Fachabteilung direkt zu teilen zu können.

Herr Dr. Schütz erwähnt den Wunsch des Bürgermeisters mehr Stellen einzuplanen. Coramentum habe deutlich gemacht, dass die Schwächen in der Führung liegen. Weiter möchte er wissen, ob Stellenbeschreibungen hinterlegt seien, ohne die eine Ausschreibung nicht funktionieren könne. Diese Stellenbeschreibungen würde er gerne einsehen, wenn sie vorliegen. Er sieht auch den Bedarf einer Prioritäten-Liste.

Bürgermeister König gibt Herrn Dr. Schütz recht, sieht aber die Dringlichkeit baldmöglichst auszuschreiben. Weiter erwähnt er, dass die Ausschreibung letztendlich nicht gleich die Stellenbeschreibung sei. Sobald die Einstellung erfolge, würde man das Verfahren des Tätigkeitsfeldes auf den Weg bringen.

Frau Lang sieht als Grundlage für jede Ausschreibung eine Stellenplatzbeschreibung. Weiterhin erkundigt sie sich danach, weshalb wieder drei Mitarbeiter die Verwaltung verlassen werden.

Herr Globuschütz findet die Aussage des Bürgermeisters ist nicht korrekt, denn eigentlich sei es genau anders.

Herr Retzer gibt Herrn Globuschütz recht, da es so sein sollte. Durch Coramentum sollen zusätzliche Stellen prozesshaft ausgearbeitet werden. Allerdings sei die dafür vorgesehene Projektgruppe noch nicht initiiert worden. Aus diesem Grund liegen noch keine musterhaften Stellenbeschreibungen von Coramentum vor. Die Projektgruppe solle dann für mehr Transparenz sorgen.

Herr Globuschütz fragt nach dem Grund, weshalb die Projektgruppe noch nicht initiiert wurde.

Bürgermeister König bemerkt, dass man bereits alles besprochen habe, aber der Personalrat die Begleitung von Coramentum noch intern besprechen müsse.

Herr Dr. Schütz bezieht sich auf das Organisationsgutachten welches seit Januar vorliege. Die vorab genannte Projektgruppe sollte bereits stehen und der Bürgermeister müsse mit dem Personalrat verhandeln.

Bürgermeister König bezieht sich auf den Hinweis von Herrn Dr. Schütz die Angestellten mitzunehmen. Er sieht es positiv, dass es mit dem Personal besprochen werde.

Herr Reinwald bedauert den Verlust von weiterem Stammpersonal. Er sieht es kritisch, diese Stellen nun neu zu besetzen. Es müsse doch eine Möglichkeit geben mit dem Personalrat zu reden, ohne dass sechs Monate vergehen. Seine Partei wird dem Stellenplan zustimmen, erwartet aber im Gegenzug auch mehr Leistung durch den Magistrat.

Bürgermeister König bittet darum Äußerungen über den Magistrat zu unterlassen.

Frau Lang findet es grob den Personalrat vorzuschicken, denn für solche Themen gibt es die Monatsgespräche. Für sie müssen Stellenbeschreibungen vorliegen. Weiterhin möchte sie wissen, wer Mitglied in der Projektgruppe sein soll.

Bürgermeister König antwortet ihr, dass die Projektgruppe aus dem Personalrat, den Abteilungsleitern und Außenstehenden bestehen werde. Die Aufstellung dieser Projektgruppe ist Sache der Verwaltung.

Herr Globuschütz erkundigt sich danach, ob es sich hierbei um ein gesetzliches Beteiligungsverfahren oder etwas Grundsätzliches handelt.

Bürgermeister König bejaht das Beteiligungsverfahren. Laut ihm sieht der Personalrat noch keinen Grund, ein solches Gremium ins Leben zu rufen.

Herr Globuschütz erwähnt die gesetzlichen Verfahren mit dem Personalrat und möchte wissen, in welchem Bereich es sich bewegt.

Bürgermeister König bemerkt, dass man sich dazwischen bewege. Man wolle mit den Mitarbeitern zusammenarbeiten.

Mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag mehrheitlich der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Zu TOP 6 Anbindung Regio-S-Bahn
Vorlage: FA-0073-16-21

Herr Lodde erläutert den Antrag, mit dem Hintergrund, dass die Stadt Gießen beabsichtigt ein Regio-S-Bahn Netz zu initiieren.

Herr Leun erkundigt sich nach der Ordnungsmäßigkeit des Antrages, da man hier keinen Beschluss fassen könne wegen fehlender Zuständigkeit. Er ist dafür, den Antragstext darauf zu ändern, dass die Stadtverordnetenversammlung anregt und nicht beschließt.

Mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme wird der ursprüngliche Antrag mehrheitlich der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen

Zu TOP 7 Resolution der Stadtverordnetenversammlung zur bedenklichen Finanzierungssituation bei Kindertagesstätten
Vorlage: FA-0076-16-21

Frau Lang verliest den Antrag ihrer Fraktion.

Mit 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen wird der Antrag mehrheitlich der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

**Zu TOP 8 Fortschreibung/Korrektur Flächennutzungsplanes
Vorlage: FA-0077-16-21**

Herr Globuschütz erkundigt sich danach, ob nicht ein Nachtragshaushalt dies bezüglich aufgestellt werden müsse.

Herr Markgraf verweist auf die derzeitigen Mittel. Weiteres können man im nächsten Jahr einplanen.

Herr Hölzel erläutert, wann ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden müsse.

Mit 9 Ja-Stimmen wird der Antrag einstimmig der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Zu TOP 9 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung 21:16 Uhr.

.....
Vorsitzender Fabian Wedemann

.....
Protokollant Christian Mai